

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Achen, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat I.—II.

Nummer 30

Düsseldorf, den 30. Juli 1932

Versandort Krefeld

## Sozialer Volksstaat — oder nationalistische Klassenherrschaft?

M. Das ist letzten Endes die Frage, um die es immer wieder in der innerpolitischen Auseinandersetzung und so auch in der Entscheidung des 31. Juli geht: Volksstaat oder Klassendiktatur, politische Mitbestimmung oder Entrechtung der breiten Massen der unteren Volksschichten. Darüber kann auch alles parteipolitische Verfärbnis politischer Interessen, alle propagandistische Vielrederei und Ablenkung nicht hinwegtäuschen. Die letzte Entscheidung ist die Entscheidung um politische und soziale Freiheit oder Unfreiheit überhaupt. — Besonders die deutsche Arbeiterchaft soll sich dessen in den kommenden Wochen aufs höchste gesteigerter politischer Propaganda stets bewußt sein, denn um ihre politische und soziale Stellung vor allem geht dieser Kampf. Sie ist es vornehmlich, deren Gewinn oder Verlust auf dem Spiele steht —, um deren Schicksal und Zukunft dieses Spiel geht.

Der Kampf der Regierung Brüning war der Kampf um die sozialen Belange der deutschen Arbeiterschaft, der Kampf um ihre Existenz. Man mag zu Einzelmaßnahmen dieser Regierung gestanden haben wie man will, an dieser Feststellung der grundsätzlichen sozialpolitischen Linie der Brüning-Steinwaldschen Regierungspolitik kommt man nicht vorbei: Ziel aller Regierungsmaßnahmen des Kabinetts Brüning war ausschließlich die Sicherung der sozialen Belange der unteren Volksschichten, die Sicherung der deutschen Sozialpolitik und Erhaltung ihrer Grundlagen überhaupt. Erst in einer späteren Zeit, bei klarer objektiver Betrachtung der Brüning'schen Regierungsmaßnahmen im Rahmen seiner Gesamtpolitik und der gegebenen Möglichkeiten und Tatsachen, wird man die Bedeutung dieser Maßnahmen richtig bewerten und beurteilen.

Darum aber, wenn die Politik Brüning's eine Politik der sozialen Orientierung war, wurde dieses Kabinett gestützt. Jener Clique um Herrn Schleicher, jenen Kreisen des Berliner Herrenklubs, die unserem Volke den „Segen“ eines Kabinetts der „nationalen Konzentration“ brachten, war soziale Politik von jeher ein Dorn im Auge und eine „Verirrung nationalen Empfindens“. Ihre Auffassung vom nationalen Staate erschöpft sich nur in Herrschaft, in Rassengeist und Klasseninteresse. Das „Volk“ ist für sie nur da, um es zu „regieren“, die breite Masse der Schaffenden nur, um sie auszunutzen. Der Staat aber ist ihnen lediglich die gesellschaftliche Institution, die ihnen das Vorrecht und Sonderprivileg dieser Herrschaftstellung zu gewährleisten hat. Darum ihr Kampf gegen den wahren sozialen Volksstaat.

Die neuesten Berliner Ereignisse zeigen, daß sie dabei selbst vor dem Mittel der politischen Machtanwendung nicht zurückschrecken. Sie sind eine Warnung und ein Signal für die gesamte Arbeiterschaft, auf der Hut zu sein!

Alle jene radikalen politischen Gruppen, die das Vorgehen dieser Clique um Schleicher durch ihre befeindliche Opposition unterstützten, und durch ihr Verhalten praktisch erst den Sturz Brüning's möglich machten, haben sich dadurch mit den Feinden des sozialen Volksstaates selber identifiziert. Das gilt zunächst vom Linksradikalismus, der durch dieses Verhalten Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft geübt hat. Das gilt ebenso aber auch vom Rechtsradikalismus, der damit den Namen der Arbeiterschaft mißbraucht und der sozialen Reaktion Vorschub geleistet hat. Alle jene demagogisch-agitatorischen Phrasen, mit denen man das zu verschleiern sucht, ändern daran nichts. Die Arbeiterschaft ist vom Radikalismus, ob er von links oder von rechts kam, bitter betrogen worden. Sie muß erkennen, daß man sich ihrer lediglich zur Verfolgung einer antisozialen, arbeitserfindlichen Politik, zur Durchführung einer politischen Kamarilla bedient hat; daß sie — soweit sie sich überhaupt von jenem Radikalismus einfangen ließ — lediglich Skimmvieh war, das den eigenen Regger selber wählte.

Diese Erkenntnis muß bestimmend sein auch für die politische Haltung der Arbeiterschaft am 31. Juli. Sie muß eine einmütige Ablehnung der Arbeiterschaft gegenüber allen jenen politischen Gruppen zur Folge haben, die den Sturz Brüning's durch ihr Verhalten herbeiführten oder mitermöglichten. Zum anderen aber muß die Arbeiterschaft positiv eintreten durch ihre restlose Stimmenabgabe für die politische Sicherung des sozialen Volksstaates in jenen politischen Gruppen, die sich durch ihr Verhalten verantwortungsbewußt und sozialpolitisch aufbaubereit zeigten.

Darüber hinaus aber gilt für die gesamte Arbeiterschaft in dieser gegenwärtigen Notzeit mehr denn je die erste Mahnung: Erhaltung und Stärkung der gewerkschaftlichen Geschlossenheit zur Sicherung unserer sozialen Belange.

## Die Gewerkschaften an die deutsche Arbeitnehmerschaft

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen haben folgenden

### Aufruf

erlassen:

Die neuesten politischen Maßnahmen haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden.

Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Strafe noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Recht Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gesamtverband der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Gesamtverband Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Deutscher Beamtenbund.

## Klare Fronten!

Der 31. Juli stellt die gesamte deutsche Arbeiterschaft vor eine außerordentlich ernste politische Entscheidung. Vom Ergebnis der bevorstehenden Wahlen hängt die gesamte künftige politische Entwicklung Deutschlands ab. Nicht zuletzt die soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft. Das Ergebnis dieser Wahlen aber wird ausschlaggebend beeinflusst durch die Stellungnahme der Arbeiterschaft selbst, die das Gros der deutschen Wählerschaft darstellt.

Es ist notwendig, daß sich die Arbeiterschaft klar wird über die politischen Fragen, um die es bei der Wahl am 31. Juli geht; daß sie insbesondere klar die Fronten jener Parteigruppen erkennt, die unter dem Firmenschild des Namens einer Arbeiterpartei in Wirklichkeit die Arbeiterinteressen schädigen und die Arbeiterschaft selbst der wirtschaftlichen und sozialen Unfreiheit und Abhängigkeit zu überantworten drohen. Die Ereignisse der letzten Monate, und insbesondere die mit den Lohnabbauversuchen der Arbeitgeber verbundenen Vorgänge in den Betrieben und an den Arbeitsstellen, haben der Arbeiterschaft genügend Gelegenheit gegeben, die Tragis jener — auch Arbeiterpartei — zu durchschauen. Das gilt insbesondere für die Methoden, mit denen die radikalpolitischen Gruppen von rechts und links sogenannte Arbeiterpolitik betreiben: Hervorstechendes Merkmal dieser sogenannten „Arbeiterpolitik“ ist bezeichnenderweise einmal ein rücksichtsloser Kampf gegen die Gewerkschaften. Immer wieder und mit allen Mitteln sucht man die Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften aufzubringen, die gewerkschaftliche Einigkeit zu unterhöhlen und die Gewerkschaften selbst zu spalten. Rechtsradikalismus und Linksradikalismus reichen sich dabei die Hand. Während der Kommunismus mit Moskauer Parolen die Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften aufhetzt, wühlt der Nationalsozialismus mit den gleichen nationalistischen Redensarten gegen die gewerkschaftlichen

## Die christlichen Gewerkschaften protestieren

Der Ausschuß der christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland veröffentlicht folgende Verlautbarung:

Die unheilvolle innerpolitische Entwicklung der letzten Monate hat durch die Zwangsmaßnahmen für Preußen eine weitere Verschärfung erfahren.

Wir protestieren namens unserer Mitglieder gegen verfassungswidrige Methoden, Land und Volk zu regieren. Wir bekämpfen jede wie immer geartete Diktatur. Die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes sowie die sozialen Lebensrechte der Arbeiterschaft müssen unbedingt gewahrt und gesichert werden.

Die Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes ist die Hauptursache der gegenwärtigen bürgerkriegsähnlichen Zustände. Unablässig um Ruhe und Ordnung besorgt, fordern wir deshalb erneut sofortige Wiederinkraftsetzung des Uniformverbotes. Vor allem aber fordern wir ausreichende Maßnahmen für eine geordnete und unge störte Durchführung der Reichstagswahl.

nach wie vor Besonnenheit und Disziplin. Provokationen radikaler Kreise sind energisch zurückzuweisen.

Für die Haltung der Bewegung gelten auch in dieser für Arbeiterschaft und Volk gefährlichen Zeit nur die Weisungen der Leitung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Von dieser Verlautbarung werden die christlichen Gewerkschaften dem Reichspräsidenten und dem Reichszentralrat auch unmittelbar Kenntnis geben.

Organisationen. Sozialistische Gewerkschaften werden dabei mit den christlichen Gewerkschaften in einen Topf geworfen. Auch dann, wenn man bei den nationalsozialistischen Oppositionsgruppen immer wieder angibt, nur den Gewerkschafts„sozialismus“ bekämpfen zu wollen. Gerade die letzten Wochen und insbesondere die letzten Vorgänge in der Textilindustrie haben diesen gemeinsamen Kampf beider radikaler Gruppen gegen die Gewerkschaften wieder mit aller Eindringlichkeit gezeigt. Noch während diese Zeilen geschrieben werden, hegen im M. Gladbacher und Rhegter Bezirk, ebenso wie im rechtsrheinischen Bezirk RSO und NSD, einmütig die Belegschaften der Textilbetriebe auf die Strafe mit der bekannten Parole vom Verrat der Gewerkschaften. Was aus jenen irreführenden Arbeitern, die diesen Putschparolen Folge leisten und sich selber um ihre Arbeitsplätze und Existenzmöglichkeiten bringen, nachher wird, wenn diese Putsche erfolglos zusammengebrochen sind, ist eine andere Frage. Man zeigt der Arbeiterschaft keine positiven Ziele und ebensowenig positive Möglichkeiten, die Forderungen, mit denen man sie aufputscht, praktisch zu verwirklichen und durchzuführen. Es genügt, daß man sie aufputscht und gegen die Gewerkschaften verhetzt hat. Mit politischen Nationsphrasen zieht man sich dann aus der Verlegenheit und überläßt die genasführte Arbeiterschaft ihrem Schicksal.

Ganz besonders gegen solche „Politik“ muß die Arbeiterschaft sich entschieden zur Wehr setzen. Hier wird offensichtlich mit Arbeiterinteressen Schindluder getrieben. Hier werden offensichtlich Arbeiterinteressen für politische Motive verkauft und preisgegeben. Diese sogenannte Arbeiterpolitik kennzeichnet sich damit selbst. Es ist darum endlich an der Zeit, daß die Arbeiterschaft jenen politischen Demagogen, die auf Kosten der Arbeiterschaft ihr unfauberes Geschäft machen, endlich das Handwerk legt. Es ist an der Zeit, daß sie gegen all jene Machinationen eine einheitliche klare Front schafft durch ihre Entscheidung am 31. 7. so wie durch ihre künftige entschlossene und geschlossene gewerkschaftliche Einstellung.

Der 31. Juli:

# Tag der Entscheidung

## Für Freiheit, Ordnung und soziale Gerechtigkeit!

Am 31. Juli soll das deutsche Volk über die Zusammenfassung des Reichstages und damit über die politische Entwicklung der nächsten Zeit entscheiden. Seit den Wahlen zur Nationalversammlung ist kein Wahlkampf mit einer solchen Heftigkeit, ja mit einer solchen fanatischen Verleumdung geführt worden wie der gegenwärtige. Bis ins Innerste hinein, bis in die Gemeinschaft der Familien ist die politische Leidenschaft aufgewühlt worden. Wochenlang ist die entfesselte Furie des Wahlkampfes zersetzend, vergiftend und verfeuchend durch die deutschen Gänge gelaufen. Tote und Verletzte sind die Opfer dieser tief beklagenswerten Erscheinung.

War oder ist die bevorstehende Reichstagsversammlung dieser Diktator wert? Ruhten, so fragen wir uns erschüttert, diese Menschen erschlagen, erdolcht, erschossen werden, nur um der Parteien willen? Die deutsche Arbeiterschaft wendet sich mit Abscheu von einer solchen blutigen Verherrlichung der Partei. Kampfobjekt ist nach unserer Überzeugung nicht die Partei, sondern das politische System, das der nächsten deutschen Entwicklung seinen Stempel aufdrücken soll — das System der politischen Verhöhnung, der fieberhaften Bewilderung der politischen Sitten. Ein tragischer Irrtum, anzunehmen, daß mit Methoden modernen Strauchritterturns ein Volk regiert, die Wirtschaft gefördert, der Arbeiter befreit und das nationale Bewußtsein gestärkt werden könnte. Das gesunde Volksempfinden lehnt revolutionäre Kampfhandlungen nach Hindenburgart mit Entrüstung ab, es verwehrt sich mit Entschiedenheit dagegen, daß Revolutionen und Gefinnungsstürmen aller Art — eine Horde verrotteter Landsknechte — sich erdreistet, über die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft zu bestimmen.

Es ist notwendig, am Vorabend der Entscheidung des 31. Juli sich noch einmal auf die Grundfrage zu besinnen, die wir nicht erst seit den Wochen des Wahlkampfes vertreten, die vielmehr seit der Geburtsstunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung unser Handeln bestimmten. Schon aus dem Sinn unseres gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß wir nachdrücklich und mit aller Energie aus einer Entwicklung widersehen, die unser Volk der Auflösung und dem Abgrund entgegenführt. Diese ethisch-moralische Haltung ist die Ausgangsstellung, von der aus wir am 31. Juli in den Kampf eingreifen. Von ihr ausgehend ergeben sich die ganz eindeutigen Folgerungen für die praktische Politik.

### Freiheit

Die christlich-nationale Arbeiterschaft verlangt das ihr zustehende Höchstmaß an innerer Freiheit. Sie lehnt die Aufspaltung der vollen Gemeinschaft in Herren und Knechte ab, weil niemand nach irgendwelchen Grundgesetzen wahrhafter Volksherrschaft berufen ist, darüber zu entscheiden, wer Herr ist und wer Knecht. Die brutale Gewalt, das Nachstreben nach Diktatur, wie es von extrem-radikalen Parteien rücksichtslos praktiziert wird, will aber im Grunde nichts anderes als die Trennung nach Herrschenden und Untergebenen — will Willkür über den Volksgenossen zum Objekt machtloser Herrrenmenschen machen — will ein Helotentum, das geistig und wirtschaftlich abhängig ist, ohne freien Entschluß, ohne Willen. Wie das geschieht, haben wir seit Wochen bitter genug erfahren. Man hat die primitivsten Lebensregeln der Arbeiterschaft beschnitten durch eine unsoziale Politik größten Ausmaßes, man versucht gewissenlos, dem Arbeitsmann elementare Rechte auf Selbständigkeit und Mitbestimmung aus der Hand zu schlagen. Man wirft den Arbeitern und ihren Organisationen vor, sie seien „Schwarzrotter am Volkshörner“, man verleiht sie rücksichtslos in ihrer Ehre und spricht ihnen gewissenlos jede nationale Zuverlässigkeit ab. Diesen Methoden soll der Arbeiter sich beugen. Um ihn geizig zu machen, wirft man ihm die Zuckerrüben der Versprechungen einer herrlichen Zukunft hin — um gleichzeitig die Handgeißel einer knechtischen Gesinnung über ihn zu schwingen. Das ist der Sinn des Wahlkampfes. Soll der 31. Juli ein Tag des Sieges dieser Unfreiheit und dieser Gewalttätigkeit werden? Darüber entscheidet jeder von uns.

### Ordnung

Die christlich-nationale Arbeiterschaft verlangt die ihr verdriehte politische und soziale Ordnung. Sie duldet nicht, daß irgendwelche politische Organisationen sich zum Führer ihres Vorgehens aufschwingen, nachdem dieselben Organisationen mit Willen und Willen den Zustand völliger Unordnung theoretisch und praktisch vorbereitet und begünstigt haben. Staatliche Ordnung heißt aber nicht, daß der polizeiliche Gummihäutchen sein Regime stabilisiert, soll heißt nicht, daß durch Zwangsmaßnahmen, durch Verbote und Polizeiverfügungen das Leben reglementiert werden soll. Gewiss gebieten außergewöhnliche Ereignisse auch ungewöhnliche Maßnahmen. Hat sich aber die Reichsregierung schon einmal allen Grades gezeigt, wo dem eigentlich der Grund der Unruhe und der Unordnung liegt? Und wenn sie diese Frage bejahend beantworten kann, warum dann hat sie noch an keiner Stelle den grundlegenden Versuch einer Besserung gemacht? Es ist kein überzeugender Beweis für staatspolitische Klugheit, wenn die Regierung glaubt, der 31. Juli würde der Abgleich der blutigen Wahlwunden sein! Solange die Ursachen der ständig wachsenden Unordnung nicht beseitigt sind, solange die Voraussetzungen geschaffen werden zu einer Gemeinheitsarbeit am Volksganzen, solange eben nicht weder die Schutzpolizei noch die Reichswehr Millionen deutscher Arbeiter, die von qualvoller Sorge um ihre und die Existenz ihrer Familien erfüllt sind, die dem Bewußtsein einer gemeinsamen Verantwortung sich nicht entziehen können,

diese Millionen deutscher Arbeiter, die 1914 bis 1918 ihre Leiber hingaben für ihr deutsches Vaterland, die sich in jahrzehntelangem Kampf aus der Unfreiheit zum mitbestimmenden Faktor der staatspolitischen Ordnung, des wirtschaftlichen und politischen Geschehens durchgerungen haben — diese Millionen kann niemand deswegen an die Wand stellen, weil sie unzufrieden sind mit dem entsetzlichen Los, das ihnen aufgezwungen ist, weil sie innerlich aufbegehren wider den Geist der Unordnung, der sich überall breit macht. Staatliche Ordnung hält die Arbeiterschaft in Treue und Opferbereitschaft zusammen. Unordnung aber umschließt sie mit eisernen Ketten zu einer Schicksalsgemeinschaft, die willens und befähigt ist, im Endkampf um ihre Zukunft ihr letztes hinzugeben für die deutsche Arbeiterschaft. Diese gewaltige Aufgabe, die deutsche Arbeiterschaft zu einem kompakten Einheitsblock solidarischer Gesinnung zusammenschweißt zu haben — das ist das einzige positive Ergebnis der an Enttäuschungen so reichen Regierung Papen-Schleicher. Wie dieser Block eingeseht wird, darüber entscheidet der Wille zur Ordnung in Staat und Gesellschaft.

### Gerechtigkeit!

Die christlich-nationale Arbeiterschaft verlangt soziale Gerechtigkeit. Gerechtigkeit vom Arbeitgeber, von der Behörde, vom Staat. Wenn der Staat ungerecht handelt, wer sollte sich wundern, daß tausend andere ungerecht sind. Ungerecht ist es vom Staat, wenn er Unterführungen und Renten so gewalttätig kürzt, daß das, was übrig bleibt, „zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel“ ist. Von der Arbeitslosenversicherung ist nur noch der Name übrig geblieben, sie ist zu einer Armenfürsorge geworden, die Arbeiter und Angehörigen von ihrem geringen Einkommen selber

bezahlen. Ungerecht ist es, wenn den notleidenden Rentnern die letzten Groschen weggenommen werden, deren sie bedürfen. Eine solche Handlungsweise ist weder christlich noch national; sie steht in krassem Widerspruch zur christlichen Sozialauffassung, deren Grundgedanke der ist, daß der wirtschaftlich notleidende, der hilflosbedürftige, schaffende Mensch als Ebenbild des Schöpfers erhöhtes Anrecht auf Hilfe und Schutz seiner Persönlichkeit hat. Für den Charakter der Notverordnung sind nicht einzelne Maßnahmen, sondern ihre Grundtendenzen entscheidend. Es geht um die grundsätzliche Richtung überhaupt, und diese Richtung ist unsozial und ungerecht in höchstem Maße.

Freiheit, Ordnung und Gerechtigkeit sind die Kampfprioritäten, mit denen die christlich-nationale Arbeiterschaft in den Kampf zieht. Mit der gleichen Inbrunst, mit der sie sich für diese Grundsätze einsetzt, wehrt sie sich gegen jeden Versuch, der den Gedanken der Volksgemeinschaft und des gegenseitigen Verpflichtetseins vernichtet. Mit gleicher innerer Kraft lehnen wir uns gegen die Hege auf, die von gewissen Kreisen, die der Regierung nicht unbekannt sind, in übelster Form gegen die Gewerkschaften ins Werk gesetzt wird. Heute überfiehet man sehr gern, daß wir in Deutschland ohne die staatserhaltende und den Extremen abgeneigte Haltung und Tätigkeit der Gewerkschaften längst das Chaos hätten, daß der Ruhrkampf weithin ohne die vaterländische Haltung der Gewerkschaften nicht möglich war, daß die Beseitigung der Separatistenherrschaft am Rhein in erster Linie den Gewerkschaften zu danken ist, daß noch heute in den Grenzgebieten die Gewerkschaften und vor allem die christlich-nationale Arbeiterbewegung der Hauptträger des nationalen Gedankens sind. Diese Tatsachen lassen sich nicht niederknüppeln, und deshalb hat niemand ein Recht dazu, uns nationale vaterländische Gesinnung abzuspüren.

Die Fronten sind klar, unser Wille ist gefaßt. Am 31. Juli entscheiden wir uns für die Parteien, deren politische Vergangenheit und Wirksamkeit dafür birgt, daß ihnen Freiheit, Ordnung und Gerechtigkeit keine Wahlkondition sind, sondern Gewissensverpflichtung in allen Entscheidungen.

# Knechtschaft oder Menschenrecht?

## Die Bedeutung des 31. Juli

Je größer das Heer der arbeitslosen Menschen answillt, je mehr der Hunger wächst in deutschen Landen, umso rücksichtsloser und frecher erhebt die Reaktion ihr Haupt. Not und Elend Millionen deutscher Volksgenossen gelten als willkommenes Gelegenheit zur Entrechtung der Arbeitnehmerschaft. Kleine, aber mächtige Volksgruppen arbeiten schon jahrelang zu und ausdauernd an der Verwirklichung dieses Zieles. Es handelt sich hier um dieselben Gruppen, die in den Tagen der Revolution irgendwo ein beschauliches Leben fristeten und heilfroh waren, in ihren Verlecken nicht aufgestöbert zu werden. Ganz allmählich sind sie wieder zum Zuge gekommen. Die Not der Zeit hat sich mit ihnen verbündet gegen Arbeiterinteressen und soziales Schutzwort. So ist die Reaktion auf der ganzen Linie im Vormarsch.

### Reaktion im Vormarsch

Die Folgen dieses Vormarsches bekommt die werktätige Bevölkerung immer schärfer zu spüren. Ihre Existenzgrundlage wird von Notverordnung zu Notverordnung unsicherer. Der Lohn, als Entgelt für geleistete Arbeit, reicht nicht mehr zur primitivsten Lebensführung. Dem Arbeitnehmer, der nach Treue und Glauben seine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, um sich einen gewissen Beitrag für den Fall der Arbeitslosigkeit zu sichern, wurde dieser rechtlich erworbene Anspruch rücksichtslos auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft. Die Renten der Arbeitsinvaliden — in einem arbeitsreichen Leben Woche um Woche zusammengekauert — sind kräftig beschnitten worden. Arbeits- und Kriegsoffizern, deren Bezüge längst nicht die Höhe des Grades der Hilfsbedürftigkeit erreichten, wurden diese Bezüge noch gekürzt.

Neben all diesen Maßnahmen, die den Haushalt des Arbeitnehmers direkt belasten, versucht die Reaktion in jüngster Zeit besonders auch das Sozialrecht zu unterhöhlen. Tarifverträge und Schlichtungswesen sind in Gefahr! Die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen ist praktisch schon ausgeschaltet. Durch hohe, für den Arbeiter unerschwingliche Gebühren wird der Anspruch gegen Entscheidungen der Sozialversicherungsorgane unmöglich gemacht. Damit ist der Willkür der Bürokratie Tür und Tor geöffnet. So wird die Zeit beispiellosen wirtschaftlichen Niederganges systematisch ausgezehrt, um den Arbeitnehmer wieder in die alte Hörigkeit zurückzuwerfen.

### Handlanger der Reaktion

Und die Ursachen für diese Entwicklung? Sie sind verschiedener Art. Einmal liegen sie in dem Verhalten der Arbeitnehmer selbst begründet, zum anderen sind sie bedingt durch die Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt. Das Verhalten vieler Arbeiter gegenüber ihrer Organisation, ihre Gleichgültigkeit, ja Segnerhaftigkeit gegen dieselbe, hat die Reaktion in den Sattel gehoben. Der wirtschaftliche Niedergang begünstigte diese Entwicklung in hohem Maße. Unbequeme Gewerkschaftler wurden vielfach aus dem Betriebe ausgeschaltet und jene Elemente gefördert, die in der Bekämpfung der Gewerkschaften ihre Hauptaufgabe sehen. Das führte zu einer gewissen Gewerkschaftsmüdigkeit und Gleichgültigkeit. So mußte die ständige Sorge um den Arbeitsplatz die Gewerkschaftsarbeit lähmen.

Über all dies ist allein noch nicht ausschlaggebend für die soziale Entwicklung der jüngsten Zeit. Eine wesentliche Förderung erfahren die Bestrebungen der Reaktion durch den Radikalismus von Links und Rechts. Je mehr radikale Elemente die Arbeiter aufzuzüchten und gegeneinander heben, umso leichter haben es die Schwarzrotter. Sie fürchten nichts mehr, als ziel-

bewußte Gewerkschaftsarbeit. Diese wird jedoch durch radikales Gegeneinanderheben der Arbeitnehmer unmöglich gemacht. Deshalb auch die finanzielle Unterstützung besonders des Rechtsradikalismus durch industrielle Kreise. Man glaubt in diesen radikalen Gruppen eine scharfe Waffe gegen die Gewerkschaften zur Hand zu haben.

Die gegenwärtige Regierung kommt den antisozialen Strömungen der Gegenwart sehr weit entgegen. Das ist weiter nicht vermunderlich. Fehlt doch in ihr jeglicher Einfluß der organisierten Arbeitnehmerschaft. Die jüngste Notverordnung mit ihren für die Arbeiter katastrophalen Folgen zeigt klar, wie es werden wird, wenn der Einfluß der Gewerkschaften weiter ausgeschaltet wird. Die Rechtslosigkeit des größten Teiles unseres Volkes wird dann vollendet. Dafür ist allerdings der Einfluß einer Partei auf die Regierung, die sich auch „Arbeiterpartei“ nennt, nicht gering. Wir meinen die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Ohne sie wäre die gegenwärtige Regierung unmöglich. Deshalb ist diese Partei auch in vollem Maße verantwortlich für die unsozialen Taten der Regierung. Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit lehnt diese einseitigen, nur die werktätige Bevölkerung belastenden Maßnahmen ab. Deshalb hat die Regierung es nicht gewagt, ihre Handlungsweise vor dem Parlament zu verantworten. Sie hat vielmehr vorgezogen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. So stehen wir am 31. Juli vor der Aufgabe, den Reichstag neu zu wählen.

### Für Freiheit und Menschenrecht!

Für die Gestaltung des Schicksals der deutschen Arbeitnehmerschaft ist diese Wahl von ausschlaggebender Bedeutung. Es handelt sich dabei um die Entscheidung darüber, ob der antisoziale Kurs der neuen Regierung weitergesteuert werden soll, oder ob die Arbeiterschaft auf die Gestaltung ihres Lebensrechts einen entscheidenden Einfluß ausüben wird. Soll dieser Einfluß gesichert werden, dann ist die Zurückdrängung des Links- und Rechtsradikalismus eine Notwendigkeit. Dann muß Schluß gemacht werden mit Volksverhöhnung und Phrase! Jene aufbauenden Kräfte unseres Volkes gilt es dann zu stärken, die in der Vergangenheit bewiesen haben, daß ihnen das Volkswohl höher steht, als die Interessen einiger Industrieller und Großgrundbesitzer. Parteien, die groß sind im Trommeln und Marschieren und in der Eröberung der Straße, in der praktischen Arbeit aber versagen, können niemals wahre Arbeiterinteressen vertreten, selbst dann nicht, wenn sie sich als „Arbeiterpartei“ ausgeben.

Deshalb wird der christlich-nationalen Arbeiterschaft die Entscheidung am 31. Juli nicht schwer fallen. Sie wird geschlossen eintreten für jene Parteien, deren Programm Gewähr dafür bietet, daß christliche Grundsätze im Volksleben Geltung erlangen. Christlicher Grundsatz ist, daß auch dem Arbeiter sein gerechter Lohn wird. Christlicher Grundsatz ist, daß den arbeitslosen Menschen mit ihren Familien ausreichend geholfen wird. Christlicher Grundsatz gebietet, daß der Alten, Kranken und Schwachen anzunehmen. Nach christlichen Grundgesetzen hat der Arbeiterstand genau so gut sein Lebens- und Gestaltungsrecht wie alle übrigen Berufsstände. Weil die christlich-nationale Arbeiterschaft als gleichberechtigt anerkannt und nicht in Knechtschaft zurückgestoßen werden will, deshalb wird sie am 31. Juli allen Radikalismus ablehnen und eintreten für ihr gutes Menschenrecht.

### Die Christlichen Gewerkschaften zum Lausanner Ergebnis

Unter der Ueberschrift „Immer noch Reparationen“ nimmt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in seinem Organ „Zentralblatt“ Nr. 14 vom 15. Juli 1932 zum Lausanner Ergebnis Stellung. Nach einer Darstellung über die Vorgeschichte der Lausanner Konferenz kommt der Gesamtverband zu folgenden Feststellungen:

„Man einigte sich schließlich auf eine deutsche Zahlungsverpflichtung von drei Milliarden, ohne die politischen Forderungen durchgesetzt zu haben, Streichung des Schulparagrafen und das Recht auf Rüstungsgleichheit.“

Man vermeidet natürlich krampfhaft das Wort Reparationen, aber die „Gemeinschaftskasse für den Wiederaufbau Europas und der Welt“, das ist doch nur eine düstere Verschleierung der nackten Tatsache, daß alle Vorschläge bedingter und unbedingter Zahlungen eine Restforderung von Tributen sind. Denn alle würden sie aus der Wiederaufbaukasse nehmen können, voran Frankreich, aber es ist nicht vorgesehen, daß Deutschland auch nur eine Mark erhalten soll, oder daß irgend ein anderer Staat auch nur einen Sou beisteuern wird. Man mag es drehen und nennen, wie man will, erneute deutsche Zahlungsverpflichtungen sind nichts anderes als Tribute.

Es ist notwendig, diese Tatsache dem klaren und harten „Nein“ des Kanzlers Brüning gegenüberzustellen und daran zu erinnern, in wie maßloser Art früher die sogenannte nationale Opposition und ihre Presse die Außenpolitik Brünings und seiner Vorgänger angegriffen haben, bis zum Vorwurf des Landesverrats. Und jetzt? Nun treten sie leise und suchen zu bemänteln und sich der Verantwortung zu entziehen, wie sie es immer getan haben, bedrückt von der Ahnung, daß Brüning in Lausanne vielleicht ein besseres Resultat erreicht oder einem solchen Kompromiß ohne Schaden für Deutschland sich entzogen hätte. Die sogenannte nationale Opposition überläßt also wiederum die Verantwortung für Lausanne den anderen.

Es liegt uns fern, wie die nationale Opposition früher über Brüning nun über Papen herzufallen und ihn zu beschimpfen und zu verdammen. Wir wissen, wie schwierig es für einen entmachteten und entrechteten Staat ist, die Fesseln abzuschütteln und in die Freiheit durchzustoßen. Wir legen das Maß einer scharfen, aber gerechten Kritik an die Politik der neuen Männer, wie wir das auch gegenüber der Regierung Brüning und ihren Vorgängern getan haben. Uns geht es nicht, wie der sogenannten nationalen Opposition, darum, nur radikal zu fordern und alles zu benutzen, um an die Macht zu kommen. Den christlichen Gewerkschaften geht es um die Sache, um die Freiheit, um Volk und Vaterland. Sie führen nicht lärmend und blasphemisch das Wort „national“ in den Mund, sie handeln national. Und sie haben in diesem Kampf um die Freiheit Opfer und Lasten auf sich genommen, die bis dicht an die Grenze des Tragbaren gehen. Vom Beginn des Krieges angefangen, über Zusammenbruch, Separatistzeit, Ruhrkampf hinüber bis zu den Notverordnungen. Die christlichen Gewerkschaften haben nicht um ein kurzfristiges Geschäft zu machen, für gefährliche Kompromisse sich eingeseht. Sie haben nicht mit „Zerreißen der Verträge“ gedroht und den schwierigen Kampf um die Freiheit erschwert wie die Unverantwortlichen auf der Rechten. Und sind auch nicht Phantomen nachgegangen, wie jetzt anscheinend manche der patentnationalen Kreise, die gegen die Regierung Brüning mühten, um mit einer Regierung der „nationalen Konzentration“ ihre „Generalbereinigung“ mit Frankreich durchzuführen. Die christlichen Gewerkschaften werden die Linie dieser wahrhaft nationalen Politik klar und fest weiterverfolgen. Jeder Regierung gegenüber, sie mag heißen wie sie will. Demgemäß werden sie auch die Politik der Regierung Papen in Lausanne und ihr Ergebnis beurteilen. Kühn, sachlich, nur das eine große Ziel im Auge: die Freiheit von Volk und Vaterland.

Den Kreisen der „nationalen Opposition“ aber, die jetzt auf eine „Präsidenten-“ oder „Direktorial-Regierung“ hinarbeiten, um die Grundlagen des freien Volksstaates zu unterwühlen, sei dazu noch eines gesagt: Kein im Innern unfreies und geknechtetes Volk kann einen Freiheitskampf gegen äußere Feinde und Fesseln führen, das kann nur ein im Innern freies und geeintes Volk.“

### Anrechnung gewerkschaftlicher Arbeitslosenunterstützung

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland hat über die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung eine Erläuterung erlassen, in der es heißt: Alle sonstigen Einkünfte (das gesamte verwerthbare Vermögen und Einkommen) sind voll anzurechnen. Diese Erläuterung des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland zeigt, wie notwendig eine völlige Aufklärung über die Anrechnungsfreiheit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung und der Sparguthaben der Arbeitslosen ist. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in einer Eingabe an alle deutschen Landesregierungen gewandt um eine eindeutige Erklärung gebeten. Preußen, Baden und Württemberg haben bisher noch keine Stellung genommen. Dagegen hat der heftige Minister des Innern geantwortet, daß die Gemeinden in einem dieser Tage erscheinenden Erlaß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit solche Unterhaltungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, außer Acht bleiben. Auch die Hamburgische Arbeitsbehörde hat die ihr unterstellten Wohlfahrtsstellen entsprechend angewiesen. Die gleiche Anweisung ist von der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt des freien und Hansestadt Lübeck ergangen.

## Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, aufgemerkt!

Wir Frauen aus dem Arbeiterstande stehen inmitten der Kämpfe und Auseinandersetzungen um die Zukunft für Stand und Volk. Ob wir als Arbeiterinnen im Betrieb arbeiten oder als Hausfrau in der Familie, die Fragen und Aufgaben, die sich mit der Lage und den Verhältnissen der Arbeiterschaft beschäftigen, sind unsere eigenen persönlichen Fragen und Aufgaben. Der Kampf um das Lebensglück der Arbeiterschaft ist unser Kampf. Wir können uns nicht davor schützen und wollen es auch nicht. Wir wollen nicht die Augen verschließen vor dem bitteren Ernst der Gegenwart. Und ernst ist die Gegenwart für uns. Es geht darum, ob der Arbeiter wieder der Rechtlose, der Nur-Dienende sein, sich wieder ganz der herrschenden Willkür der Besitzenden preisgeben will. Noch nie hat man dem Arbeiter etwas gegeben um der Gerechtigkeit willen oder aus Mitleid und Erbarmen. Mitleid und Erbarmen wollen wir nicht. Was wir verlangen ist unser Recht. Es hat vieler und harter Kämpfe bedurft, ehe man auch dem Arbeiter persönliche Freiheit und Rechte eingeräumt hatte, die allerdings sehr begrenzt sind. Heute nun scheint den Arbeiterfeinden der Zeitpunkt da zu sein, frühere Zustände herbeizuführen. Diese Tatsache müssen wir in ihrer erschreckenden Deutlichkeit sehen. Sie zwingt auch die letzte Arbeiterin zur Mitarbeit. Von uns Frauen hängt unendlich viel ab.

Frau sein heißt bereit sein für andere. Bereit sein, auch dem Volke das Vaterland und unserem Stande seine Rechte und Freiheit zu erhalten. Bereit sein, unseren Familien wieder den notwendigen Lebensraum zu erkämpfen. Der karge Lohn, die Unterstützung reicht schon längst nicht mehr zum menschenwürdigen Leben.

In tausend und abertausend Familien sorgt und quält sich die Mutter mit der bitteren Frage, wie sie es mit den wenigen Mitteln schaffen, wie sie die Nahrung und Kleidung besorgen soll. Mit steigender Angst sieht sie der Zukunft entgegen. Von wo darf sie Hilfe erwarten? Von den Unternehmern oder den Herren der Regierung, die Not und Hunger nicht spüren und nicht kennen? Von den die Löhne und die Unterstützungen ja noch zu hoch. Darum die letzten Kürzungen. Der Arbeiterfrau überläßt man, zu überlegen, wozu sie und ihre Familie leben will. Das sind ihre Sorgen, das kümmert die Herren Unternehmer und die von der Regierung nicht. Die letzte Notverordnung dürfte Beweis genug sein. Gegen solches Uebermaß der Ungerechtigkeit kommt die einzelne Kraft nicht an. Darum Sammlung aller christlichen Frauenkräfte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und so geschlossener Kampf. Es darf auch bei den kommenden Wahlen am 31. Juli keine von uns Arbeiterinnen und keine unserer Arbeiterfrauen fehlen. Auf jede einzelne Stimme kommt es an. Alle müssen wir durch

unser Stimmabgabe mitentscheiden, wer die Führung in Deutschland übernehmen soll. Dies ist nicht nur unser Recht, sondern hohe Pflicht und Verantwortung gegenüber Stand und Volk.

So wenig wir die jetzige Regierung wollen, ebensowenig können wir die Herrschaft des Nationalsozialismus, das Dritte Reich, wünschen. Wir Frauen haben alle Veranlassung, die NSDAP mit allen Mitteln schärfstens zu bekämpfen. Die Aussichten für uns im Dritten Reich sind nämlich sehr verheißungslos. Aus den Schriften der Führer und der Gesamthaltung der Bewegung geht eindeutig hervor, daß sie die volle Entrechtung der Frau verlangt. Die Frauen sind als Stimmzahl jetzt noch gut genug und werden benutzt, um zur Macht zu kommen. Wenn aber das Dritte Reich verwirklicht ist, soll die Frau im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben vollständig entrechtet werden und nur noch in abhängiger Stellung stehen. Es sollen Zustände herbeigeführt werden, wo die Frau und nicht nur sie, sondern auch die gesamte Arbeiterschaft rechtlos wird als sie früher gemein ist. Eine solche Zielrichtung muß einen Sturm der Entrüstung und Empörung und den Willen zur schärfsten Abwehr in uns wachrufen. Wir werden uns nie und nimmer mit einer uns so zugehenden Stellung abfinden.

Wie die Stellung der Frau gedacht ist, besagt folgende Äußerung eines Führers der Partei, Gottfried Feder: „Die Frau soll wieder Magd und Dienerin sein und unter Umständen unter gelindem Druck mit dieser Rolle vertraut gemacht werden.“ Hitler sagt in seinem Buch: „Mein Kampf“, daß die Frau nur bedingt Staatsbürgerin sein wird, und zwar erst nach der Verheiratung. Goebbels, auch einer der Führer, läßt als einzige Aufgabe der Frau gelten, „schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen, wie die Vogelweib, die sich für den Mann putzt und für ihn die Eier ausbrütet“. Der Wert der Frau ist nur der „als Erhalterin und Reinerhalterin der Rasse“. Rosenberg schreibt in diesem Sinne: Ein kommendes Reich wird die hingerichtete Frau — gleich ob verheiratet oder nicht — als ein nicht vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft betrachten und damit auch den Ehebruch des Mannes einer Korrektur unterziehen.“ Man spricht also der Frau das Recht auf Persönlichkeit und Mitbestimmung gänzlich ab. Eine solche Stellung und Wertung, wie sie uns im Dritten Reich zugebracht ist, müssen wir als unentwürdigend schärfstens ablehnen. Wir werden uns nie das Recht der Mitbestimmung und Mitgestaltung nehmen lassen. Wir verlangen eine Aenderung der Verhältnisse und Neuordnung nach christlicher Weltanschauung und in diesem Sinne als Frauen Mitgestaltung im Staats- und Wirtschaftsleben. Der 31. Juli muß darüber entscheiden.

### Vernunft - nicht Leidenschaft!

Bilder, fanatischer und rücksichtsloser denn je, ist in Deutschland der Wahlkampf. Der Satz: „Nicht mit Waffen der Barbaren, mit Geisteswaffen kämpfen wir!“ hat in unzähligen Fällen, vornehmlich in den radikalen Lagern, seine Bedeutung verloren. Die Totenliste füllt sich erschreckend, die Zahl der Verletzten läßt sich kaum mehr feststellen. Ein Demonstrationszug löst den anderen ab, eine Hetzrede die andere. Es ist, als ob jahrelange Not und Entbehrung an die Stelle von zähem Aufbauwille nur eins in den Herzen der Volksgenossen hervorgerufen habe: den Haß aller gegen alle, den Haß, der vor Gewalt und Mordtat nicht zurückschreckt. Unbegreiflich? Not gebiert Radikalismus, Radikalismus ist aber krasser Gegensatz zu hüblern, vernünftigem Handeln. Sehen wir uns die Toten- und Verwundetenlisten des täglichen Kleinkrieges an. Die von der Not am schwersten getroffene Arbeiterschaft bringt die meisten und schwersten Opfer.

Es scheint an der Zeit zu sein, daß wir als Arbeiter auch in dieser Hinsicht geschichtlich denken und handeln lernen. Viel hemmungslose Leidenschaft dürfte dann gedämpft sein. Zunächst die Frage: Lohnt es sich, irgend eine Partei als das Allheilmittel anzusehen, zu einer Art Notgötzen zu machen? Die Antwort gibt uns zunächst die Kurve des Auf und Ab der Parteien, deren relativen und zeitbedingten Wert uns folgende Zahlen mit aller Deutlichkeit vor Augen führen. Es kamen zu Macht und großem Einfluß:

1919 Sozialdemokratie (1912: 4 950 000 Stimmen)	(1919: 11 400 000 )
1920 Volkspartei	
1924 Deutschnationale Volkspartei	
1928 Wirtschaftspartei	
1930 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	
1931 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	
In vom Hundert der Wahlberechtigten:	
SPD. (mit der damaligen USPD.)	1919: 37,6 1930: 20,0
Deutsche Volkspartei	1924: 7,8 1930: 3,6
Deutschnationale Volkspartei	1924: 16,0 1930: 5,7
NSDAP.	1924: 5,0 1930: 14,9

Nur wenige Parteien sind einigermaßen konstant geblieben, so z. B. das Zentrum. Die neuesten Ziffern von den letzten Landtagswahlen würden das Unberechenbare der Parteienmacht und -stärke noch krasser in Erscheinung treten lassen.

Nicht nur für den geschichtlich Interessierten von Bedeutung, sondern für manche leidenschaftlichen „Partei-menschen“ ernüchternd, dürfte die Tatsache der Programmwanderungen nach den Grundzügen taktisch kluger Partei- und Machtpolitik der verschiedenen Parteileitungen sein. Auch hier wird ein kurzer Rückblick am rechten Platz sein. Mit den Wahlen zur letzten Nationalversammlung 1918/19 war dem deutschen Volke in diesem Umfang erstmalig in der jüngsten Republik der Erde die Macht übergeben, den weiteren politischen Kurs selber zu bestimmen. Die Deutschnationale Volkspartei, heute fast unbetritten die sozial-reaktionärste Partei Deutschlands, stellte sich vor: „Die Deutschnationale Volkspartei fordert zum Schutze unserer Arbeiter und Angestellten einen planmäßigen Ausbau der Sozialpolitik. Sie tritt ein für eine Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Landarbeiter, für die Anerkennung der Gewerkschaften und Berufsvereine.“ Ferner: „Die Deutschnationale Volkspar-

tei fordert eine umfassende Siedlungspolitik auf dem flachen Lande, die neues Bauernland und die Möglichkeit eigener Wirtschaft für die Bauernschichten schafft.“

Das war damals — und heute? Heute hört man in diesem Lager nur noch Parolen wie: „Gewerkschaften sind an allem schuld! Fort mit der Sozialpolitik, die unsere Arbeiter demoralisiert!“ usw. — Welch eine Wandlung!

Aus diesen Darlegungen ergeben sich für uns zwei Schlussfolgerungen: 1. Eine Bewegung, die ihre Macht einzig und allein auf eine politische Partei gründet, sich ihr mit Haut und Haaren verschreibt, alles Heil für Gegenwart und Zukunft von ihr erwartet, hat allzu leicht auf leichtem Flugland gebaut. Eine politische Partei ist auf Grund der ihr innewohnenden Gesetze niemals eine absolut konstante Macht. 2. Ein Parteiprogramm ist nicht unbedingte Garantie gegen Kursänderung; denn Parteiprogramm und -ziel werden beeinflusst: a) durch Parteirücksichten, die zumeist organisatorischen Ueberlegungen entspringen. b) durch die jeweilige Zusammensetzung der Parteileitung (Beispiel: Kurswechsel in der Deutschnationalen Volkspartei unter dem diktatorischen Regime von Hugenberg) und nicht zuletzt c) durch die soziale Kräfteverteilung innerhalb einer Partei. Letzteres ist das Wichtigste. Das bedeutet für uns Arbeitnehmer: Mehrung unseres Einflusses in den Parteien, die auf Grund ihrer ganzen Einstellung berechtigten Arbeitnehmerinteressen zugänglich sind. Also nicht von dieser oder jener Partei blindlings alles Heil erwarten, aber auch nicht „aller politischen Betätigung abschwören“, sondern unsern Einfluß an der rechten Stelle mit allem Ernst zur Geltung bringen!

Wohin das führt, wenn unser Einfluß völlig ausgeschaltet ist, zeigen uns die jüngsten Ereignisse: Bei weitgehender Entrechtung der Arbeiterschaft werden die Hungernden an den Rand des Verhungerns gebracht, bei Befestigung einer gottgewollten Ordnung triumphiert scharfe soziale Ungerechtigkeit, wie sie in der letzten Notverordnung mit erschreckender Deutlichkeit zum Ausdruck kommt. Des weiteren wird das Tarif- und Schlichtungswesen auf das Ernsteste gefährdet. Zahlreiche Bezirke sind heute schon ohne Tarife, da der „Zwangstarif“ verschwinden soll. Ferner liebäugelt man mit einer Arbeitsdienstpflicht, wie sie unseren Forderungen und Wünschen kraft entgegensteht. Alles in allem: Für uns steht alles auf dem Spiele. Wehrt unsern Einfluß!

Obige Ueberlegungen führen noch zu einer anderen logischen Konsequenz. Wir haben gesehen: Parteien können nicht bedingungslos und ohne Einschränkung Träger unseres Schicksals sein. Bleibt nur noch eins: die Selbsthilfe, unsere christliche Gewerkschaftsbewegung. Mag diese oder jene Partei unsern christlich-sozialen Grundzügen und Zielen gegenüberartig oder zukünftig entgegenstehen, hier haben wir unser Volkwerk gegen alle antisozialen Bestrebungen. Wägen wir politisch orientiert sein wie wir wollen, hier darf es keine Zweideutigkeit, keine Meinungsverschiedenheit geben: die Gewerkschaft ist unser Schicksal. Für sie kämpfen wir mit ganzer Kraft; denn sie ist unsere Kraft.

So sehen wir christliche Gewerkschaftler an die Stelle politischer Fanatik und blinder Leidenschaft die Vernunft: Nicht wilde Fehde, nicht Brudermord und Bruderkrieg bringen uns Aufbau und Befreiung, sondern harter und eiserner Wille und männliche Tat in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. W. Olg.

### Schiedsprüche in der Textilindustrie Neuer Tarifvertrag für Gladbach-Rheydt und Viersen

Nachdem die Verhandlungen über die Verbindlich-  
erklärung der Schiedsgerichte für Gladbach-Rheydt und  
Viersen am 14. Juli ergebnislos verliefen, fanden am 15.  
Juli erneut Verhandlungen zwischen den Parteien statt.  
Es wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß  
die Bestimmungen des Schiedspruches über die Bughin-  
weberei aus dem Vertrage herausgenommen wurden.  
Ueber die Regelung dieser Frage soll zwischen den Par-  
teien weiter verhandelt werden mit der Maßgabe, daß  
bei Nichteinigung jede der Parteien das Recht hat, den  
Schlichtungsausschuß anzurufen. Außerdem wurden die  
Löhne einiger Gruppen, für die bisher eine Regelung im  
Tarifvertrag nicht vorgenommen war, in den Tarifver-  
trag aufgenommen. Im übrigen wurden die Bedingungen  
des Schiedspruches von beiden Seiten anerkannt.

### Neuer Manteltarif für die Textilindustrie in Sorau

Am 13. Juli fanden in Sorau erneut Verhandlungen  
über den Abschluß eines Manteltarifes für das Sorauer  
Textilgebiet statt. Es wurde eine vorläufige Vereinbar-  
ung erzielt, wonach unter anderem für die Ferien eine  
Vergütung von mindestens 27 Stunden, höchstens  
44 Stunden, bezahlt wird. Der neue Manteltarif soll bis  
31. März 1933 Geltung haben.

### Schiedspruch für die badische Textilindustrie abgelehnt

Am 12. Juli vom Schlichtungsausschuß Karlsruhe  
für die badische Textilindustrie gefällte Schiedspruch ist  
von dem Arbeitgeberverband wie von den Gemein-  
schaften abgelehnt worden. Der Schlichter hatte auf den  
18. Juli beide Parteien zu einer nochmaligen Verhand-  
lung geladen. Seine Bemühungen, eine Verständigung  
herbeizuführen, scheiterten an der starren Haltung der  
Vertreter des Arbeitgeberverbandes, die darauf bestan-  
den, den ersten Schiedspruch vom 3. Mai durchzuführen.  
Dieses Ansinnen mußten die Gewerkschaften ablehnen.  
Somit war keine Möglichkeit zu einer Verständigung ge-  
geben.

### Einigung in der rechtsrheinischen Textilindustrie

In dem Lohnstreit über den Manteltarif und Lohn-  
tarif in der rechtsrheinischen Textilindustrie ist eine Ver-  
einbarung zwischen den Parteien zustande gekommen.  
Der Manteltarif wird mit Wirkung ab 21. 7. wieder in  
Kraft gesetzt mit folgenden Änderungen: Bei der Berech-  
nung der Ferienvergütung werden sozial Stunden zu-  
grunde gelegt wie die Velegität des Betriebes oder  
einer Betriebsabteilung in den letzten 16 Lohnwochen  
vor Ferienbeginn im Durchschnitt tatsächlich gearbeitet  
hat, jedoch nicht mehr als 45 Stunden und nicht weniger  
als 30 Stunden.

Das Lohnabkommen wird mit Wirkung ab 21. 7.  
wieder in Kraft gesetzt. Die Lohnsätze der männlichen Ar-  
beiter werden um 3,2 Prozent, die der weiblichen Ar-  
beiter um 3,5 Prozent gesenkt. Außerdem kommt die Fa-  
milienzulage für Frau und Kinder, die bisher für die  
Frau und jedes schulpflichtige Kind 1,- M. pro Woche be-  
trug, in Fortfall. Der Zuschlag für regelmäßige Nach-  
schichten wird von 15 auf 10 Prozent ermäßigt. Der  
Schichtzuschlag für die Textilweberei und Tuchweberei  
wird von 5 Prozent auf 4 Prozent gesenkt. Der Schicht-  
zuschlag für die Bandweberei, die Teppich- und Möbel-  
stoffweberei wird von 10 auf 8 Prozent ermäßigt.  
Der Manteltarif kann erstmalig mit vierwöchiger  
Frift zum 30. 6. 1933 und der Lohnarif mit vierwöchiger  
Frift erstmalig zum 31. 1. 1933 gekündigt werden.

### Die Fürsorgeleistungen der Gemeinden

Jeder neunte Deutsche in öffentlicher Fürsorge.  
Die Ausbringung der Mittel für die Unterstützung  
der Wohlfahrtsverwahrlosten macht den Gemeinden bei  
der Aufstellung ihrer Etats große Schwierigkeiten, denn  
am 30. Juni 1932 wurden nach Mitteilungen der Reichs-  
anstalt insgesamt 2.163.000 Wohlfahrtsverwahrloste ge-  
zählt. Die kommunale Wohlfahrtsfürsorge hat aber noch  
eine ganze Reihe weiterer Aufgaben, die nicht unterschätzt  
werden dürfen. Unter den Wohlfahrtsverwahrlosten hat-  
ten die Gemeinden Ende 1932 noch 1.646.100 Personen  
aus ihren Mitteln zu unterstützen. Diese Zahl ist sicher  
heute überholt, aber sie läßt ungefähre erkennen, mit  
welch hohen Ausgaben die Gemeinden bei der Aufstellung  
ihrer Haushalte rechnen müssen. Wohlfahrtsverwahrloste  
und sonstige Fürsorgeempfänger der Gemeinden machen  
heute mit ihren unterstützten Angehörigen ungefähr 6,8  
Millionen aus. Jeder neunte Einwohner in Deutschland  
fällt also unter die kommunale öffentliche Fürsorge.

Von den 1.646.100 Personen, die Ende 1932 Ge-  
meindenunterstützung bezogen, entfallen 44.700 auf  
Kriegsbeschädigte usw. Soweit die Gemeinden aus  
ihren Mitteln Kriegsbeschädigte und hinterbliebene  
unterstützen, handelt es sich um zusätzliche Fürsorge, bei  
der die Hilfsbedürftigkeit Voraussetzung ist. Es wird ver-  
mutet, daß in Zukunft die bisher im Sinne begriffene  
Zahl dieser Unterstützungsempfänger wieder ansteigt,  
wenn weitere Leistungskürzungen in der Versorgung ein-  
treten. Weiter gehören zu dem Heer der von den Ge-  
meinden Ende 1932 Unterstützten 311.600 Kleinrent-  
ner usw. Unter diesen Zweig der kommunalen Fürsorge  
fallen die durch die Inflation verarmten gemordeten  
Bolschewisten. In der Sozialrentnerfürsorge wa-  
ren zur gleichen Zeit 844.300 Personen erfaßt. In ihr  
werden Invalidenrentner zusätzlich unterstützt. Die Zahl  
der Sozialrentner im vergangenen Jahre wieder gestiegen.  
Mitte 1927 waren es noch 576.000. In Kreisen des deut-  
schen Städtekreises wird damit gerechnet, daß sich dieser  
Personenkreis weiter erhöht. Für diese Vermutung  
spricht die dauernde Steigerung der Zahl der Invaliden-  
rentner. Außerdem braucht bei wirtschaftlich günstigeren  
Verhältnissen eine große Anzahl von Invalidenrentner-  
empfängern zusätzliche Unterstützung nicht in Anspruch zu  
nehmen, weil in vielen Fällen die Rentner Selbsterhaltung  
haben, irgend eine Tätigkeit ausüben. Für ein wei-

teres Anwachsen der Sozialrentnerfürsorge sprechen auch  
die Rentenkürzungen in der Invalidenversicherung durch  
die letzte Notverordnung, durch die naturgemäß viele  
Rentenempfänger neu unter die zusätzliche kommunale  
Sozialrentnerfürsorge fallen. Von den Gemeinden waren  
Ende 1930 weiterhin zusätzlich zu betreuen 98.000 Unter-  
stützungsempfänger der Arbeitslosenver-  
sicherung und der Krisenfürsorge. Besonders  
bei kinderreichen Familien mußten die Gemeinden hier  
helfend eingreifen. Gegenwärtig beträgt diese Zahl un-  
gefähr 200.000, und für die Zukunft ist mit einer weite-  
ren Aufwärtsbewegung infolge der Kürzung der Arbeits-  
losenunterstützungssätze zu rechnen. Schließlich spielt im  
Haushalt der Gemeinden noch die allgemeine Für-  
sorge (Fürsorge für sonstige Hilfsbedürftige) eine  
große Rolle. 1927 betrug diese Zahl 450.000. Sie stieg bis  
Ende 1930 auf 547.500 an und dürfte jetzt wohl auf  
600.000 angelaufen sein.

Damit ist die gemeindliche Fürsorge aber noch nicht  
erschöpft. Zu all diesen Unterstützungsweigen treten noch  
die geschlossene Fürsorge und die Unterbringung in Fa-  
milienpflege. Im Jahre 1930 betrug die Zahl der dauernd  
in geschlossener Fürsorge untergebrachten Personen  
238.600, die Zahl der in fremden Familien betreuten  
Hilfsbedürftigen 145.000. In der letzten Zeit sind die  
Fürsorgeverbände dazu übergegangen, Hilfsbedürftige  
aus den Anstalten herauszunehmen und sie in Familien-  
fürsorge zu geben, weil diese sich billiger stellt. Weiter  
hatten die Gemeinden im Jahre 1930 1.046.000 Personen  
in geschlossener Fürsorge vorübergehend zu betreuen.  
Außerdem mußten die Landesfürsorgeverbände für  
193.000 Personen auskommen, die sich überwiegend in  
geschlossener Fürsorge befanden. Es handelt sich dabei um  
Geistesranke, Taubstumme, Blinde, Krüppel und son-  
stige Gehehrliche und Kranke.

Im Jahre 1930 mußte die Bezirksfürsorge für lau-  
fende Barunterstützungen in der offenen Fürsorge 515  
Millionen RM. ausbringen, für einmalige Unterstützungen  
76 Millionen RM. für Sachleistungen 160 Milli-  
onen RM. und für geschlossene Fürsorge 330 Millionen  
Reichsmark, zusammen also 1.075 Millionen RM. Hinzu  
kommen die Ausgaben der Landesfürsorgeverbände, so  
daß sich ein Gesamtbeitrag von 1.220 Millionen RM. er-  
gibt. Einschließlich des Aufwandes für die Wohlfahrts-  
erwerbslosen wird der Fürsorgeaufwand der Gemeinden  
und Gemeinverbände gegenwärtig auf rund 2.550 Mil-  
lionen RM. geschätzt. Ferner hatten die Bezirks-  
und Landesfürsorgeverbände Ausgaben in Höhe von 568 Mil-  
lionen RM., die besonders auf Verwaltungskosten, Zu-  
schüsse für eigene Wohlfahrtsanstalten, Aufwand für  
pflegerisches Personal, öffentliche Jugendhilfe usw. ent-  
fallen. Abzüglich der Einnahmen wird gegenwärtig der  
gesamte öffentliche Fürsorgeaufwand auf  
rund 2,5 Milliarden RM. geschätzt. In diesen  
Ausgaben beteiligt sich das Reich neuerdings mit einer  
Wohlfahrtshilfe von 672 Millionen RM. und durch ge-  
ringere Zuschüsse zur Klein- und Sozialrentnerfürsorge.  
Außerdem leisten die Länder gewisse Zuschüsse, die aber  
nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Mit weiteren 210 Mil-  
lionen RM. werden die Gemeinden befristet durch die  
Fürsorgeziehung, die allgemeine Volkswohlfahrt und  
Volksgeundheit, Volksspielungen, Schulkinderpfle-  
gen, soziale Hygiene und den Anteil an der Krisenfür-  
sorge (ein Fünftel).

Wenn man berücksichtigt, daß die Gemeinden im  
Jahre 1913 für die gesamte Wohlfahrtspflege und das  
Gesundheitswesen unter Abzug der Einnahmen rund 300  
Millionen Mark verwandten, so kann man sich ein Bild  
von den Schwierigkeiten machen, mit denen die Gemein-  
den heute zu kämpfen haben. Man kann sich aber gleich-  
zeitig ein Bild von der Not unseres Volkes im ganzen  
machen, denn die Gemeinden sind es ja nicht allein, die  
unter dem Druck ihrer Lasten fast zusammenbrechen.

### Berichte aus den Ortsgruppen

**Coesfeld.** Große Kundgebung der christlich-  
nationalen Arbeiterkassen. Das Ortskartell Coesfeld  
der christlichen Gewerkschaften veranstaltete in Verbindung mit  
dem katholischen Arbeiterverein eine Kundgebung der christlich-  
nationalen Arbeiterkassen. Auf dieser Kundgebung sollte der  
Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Kollege Häfen-  
brock, Düsseldorf, sprechen. Leider war derselbe im letzten  
Augenblicke verhindert, so daß für ihn der Bezirksleiter, Kollege  
S e e k e, Münster, einspringen mußte. Geschäftsführer Göde er-  
öffnete die Kundgebung und hielt alle herzlich willkommen.  
Nachdem er dann kurz auf die jüngste Entwicklung der deut-  
schen Außen- und Innenpolitik hingewiesen hatte, übergab er  
das Wort dem Kollegen Seeke zu seinem Vortrag. Kollege  
Seeke führte ungefähr folgendes aus:

Eine große Verwirrung hat heute die ganze Welt, das ganze  
Christentum ergriffen. Jetzt als zwei Duzend Länder der  
Welt haben ihre alte Führung abgegeben. Große Konzerne  
sind zusammengebrochen. Gegner des Bolschewismus haben  
den Schwab an diesen Entwicklungen der Weltregierungen zu-  
zu. In Wirklichkeit läßt sich jedoch gar nicht verbergen, daß die  
heutigen Ursachen schon in den Fehlern der Vorkriegspolitik zu  
suchen sind. Weil man aber mit jacobinischen Entgegnungen gegen  
die Arbeit der Nachkriegszeit nicht zu Werke gehen konnte,  
hat man das Schlagwort vom System erfinden. Man be-  
kämpft das System, ohne zu erklären, was man damit meint.  
Als in der jüngsten Stunde der Krise dem deutschen Volke in  
der Person Dr. Brüning ein Retter erschienen sei, da haben  
die Leute des Vorkriegsregimes nicht lange auf sich warten las-  
sen. Sie haben sich zu Gebote stehenden Mitteln bedient, um den  
Bolschewismus und die Person Dr. Brüning bekämpfen, um ihn  
dann kurz vor dem Ziele zu stürzen und selbst die Vorbeeren zu  
ernden als Bestreiter Deutschlands von den Reparationszahlun-  
gen. Seeke wies dann weiter darauf hin, daß die christliche Ar-  
beiterkassen der weiten Kreise des Volks, ganz besonders auch  
des katholischen Volks des Ruhrlandes, volle Hochachtung  
habe, gegen von Papen haben sie aber kein ein großes Miß-  
trauen gehabt. Das Kabinett Papen sei ein Schlag gegen den  
Bolschewismus. Besonders stark unterdrückt der Redner, daß die neue  
Regierung mit ihrem reaktionären Kurs und ihrer Einstellung  
gegen die Arbeiterkassen der weiten Kreise des Volks.  
Hier zeigte sich das wahre Gesicht des Nationalsozialismus.  
Es sei daher ausgeschlossen, daß am 31. Juli auch nur eine ein-  
zige Stimme der Arbeiterkassen der nationalsozialistischen Par-  
tei gegeben werde. Nachdem Seeke noch auf die Bildung einer  
christlichen Volksfront gegen die Nationalsozialisten und  
Kommunisten hingewiesen und zur Erlangung dieser Volksfront-  
bewegung aufgefordert hatte, schloß er seine Ausführungen mit  
den Worten: „Heil Deutschland.“ — Das einzige Dankeschön  
und einem nachgehenden Aufruf an alle, ihre Pflicht zu erfüllen,  
Hilf Geschäftsführer Göde um 11 Uhr die Kundgebung.  
Heinrich Wilmmer.

**Dortmup.** Vom schönsten Wetter begünstigt, konnte unsere  
Ortsgruppe am 12. Juni ihr 25jähriges Bestehen feiern. Am  
Abend vorher fand eine Vorfeier statt. Zu dieser Feier hatten  
sich die Kollegen und Kolleginnen mit ihren Angehörigen und  
Festgästen so zahlreich eingefunden, daß der große Fischersee  
Saal dicht besetzt war. Unser Vorsitzender, Kollege Bernh.  
Hinkenjan, begrüßte die Anwesenden, besonders auch den  
Bezirksleiter Seeke-Münster, ferner den hochw. Herrn Pfar-  
rer Winkelmann, den Herrn Pfarrer Patt, Bürger-  
meister Dr. Linnhoff, den Vizepräsidenten Herrn Rektor C o e r e,  
die Sekretärin der weiblichen Jugendgruppen Kollegin R ü p e r,  
die Sekretärin der männlichen Jugendgruppen Kollegin K ü p e r,  
die Vertreter der Presse. Alsdann gab er  
einen kurzen Rückblick über die Gewerkschaftsarbeit in den ver-  
gangenen 25 Jahren und gedachte besonders der Jubilare, die  
in opferwilliger, treuer und ausdauernder Mitarbeit die Fahne  
der christlichen Arbeiterbewegung hochgehalten hätten und stellte  
sie den jungen Kollegen und Kolleginnen als Vorbild hin. Dann  
wünschte er allen Anwesenden einige frohe, angenehme Stun-  
den. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Eröffnungsmarsch  
der kleinen Intelschen Kapelle. Vom Mitglieder der männlichen  
Jugendgruppe, Kollegen S c h n i e d e r, wurde ein Prolog ein-  
drucksvoll vorgetragen. Nach einem Konzertstück wurde dann  
von der Kollegin der weiblichen Jugendgruppe, Brockmann,  
ein Gedicht, welches sich besonders auf die Jubilare bezog, recht  
stimmungsvoll vorgetragen. Hierauf hielt Kollege Seeke die  
Festansprache. Einleitend gab er ein Bild über die Gründung  
unserer Ortsgruppe vor 25 Jahren, über die Arbeit, Mühen  
und Enttäuschungen während dieser Zeit. Viele Kollegen seien  
auf dem Felde der Ehre gefallen, viele Kollegen und Kollegin-  
nen hat uns der Tod aus unserer Mitte gerissen. Er forderte die  
Anwesenden auf, ihr Andenken zu ehren durch Erben von den  
Sitzen. Dann gedachte und beglückwünschte er die Jubilare.  
Ihnen sei es zu danken, daß unsere Ortsgruppe hier zu einer  
Machtstellung gelangt sei und jetzt eine große Mitgliederzahl  
aufzuweisen habe. Alle Kollegen und Kolleginnen forderte er  
auf, dem Beispiele der Jubilare zu folgen und treu für unsere  
christliche Gewerkschaft zu arbeiten und zu werben. Anschließend  
nahm er durch Aushändigung des Verbandsdiploms und der  
Silbernadel die Ehrung der Jubilare vor. Es waren die Kol-  
legen Otto Kraft, Bernhard Dohs, Josef Scheipers, Klemens  
Wiggers, Hermann Lütkehammole, Hermann Kauge, Anton  
Dörken, Heinrich Wiggers, Bernhard Lütkehammole, Bernhard  
Weyerling, Karl Brüggemann, Anton Brüggemann, Anton Pot-  
hoff und Walter Hagel. Kollege Seeke überbrachte die  
Grüße des Zentralvorstandes und des alten Kampfen Heinrich  
Kampes-Münster. Wegen seines körperlichen Befindens hätte  
er der Einladung nicht Folge leisten können. Nach einem Kon-  
zertstück wurde ein Sprecher von Mitgliedern der männlichen  
und weiblichen Jugendgruppe ausgezeichnet vorgetragen. So-  
dann hielt Pfarrer Winkelmann eine kurze Ansprache. Er  
dankte für die freundliche Einladung, unterstrich besonders das  
Wort christlich, wodurch sich die christlichen Gewerkschaften von  
den freien Gewerkschaften unterscheiden, und forderte auf, für  
die Ziele der christlichen Weltanschauung weiter zu arbeiten und  
einzutreten. Herr Pfarrer Patt sprach dann in seiner Ansprache  
über die geschichtliche Bedeutung der Textilindustrie. Er forderte  
auf, auf dem beschrifteten Pfad weiter zu arbeiten. Ferner  
richtete Bürgermeister Dr. Linnhoff einige Worte der Be-  
grüßung an die Anwesenden. Die Kollegin R ü p e r-Münster  
richtete als Sekretärin der weiblichen Jugendgruppen mah-  
nende Worte an die Eltern der jungen Kollegen und Kollegin-  
nen, doch dieselben den Jugendgruppen zuzuführen. Die heutige  
Jugend sei nicht schlechter als die Jugend von früher. Man  
müsse sich nur derselben annehmen, sie leiten und führen. Kol-  
lege Sparenberg-Oronau hielt dann in seiner Ansprache  
einen kurzen Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre und sprach  
über die große Bedeutung des Verbandes gerade in heutiger  
Zeit. Sämtliche Ansprachen wurden recht beifällig angenom-  
men. Hierauf kam der gemüthliche Teil zu seinem Recht. Kon-  
zertstücke, gemeinschaftliche Lieder und Feiernachtungen  
wechselten in schönster Folge. Zuerst wurde ein schöner Reigen  
zur Ehrung der Jubilare aufgeführt, dann der Reigen der Win-  
zerinnen und als Schluß das Theaterstück: „Das Stiefkind“. Sämtliche  
Aufführungen waren musterhaft und ernteten reich-  
lichen Beifall. Mit einem Schlusswort des Vorsitzenden und einem  
Schlußmarsch endete der schöne Abend.

Am folgenden Morgen fand um 11.30 Uhr ein Frühkom-  
mers statt, bestehend aus Konzert und Ehrung der Jubilare,  
welche am Abend vorher durch Arbeit verhindert waren. Nach-  
mittags um 3 Uhr fand dann ein großer Festzug durch unsere  
reichgeschmückten Ort statt. Unsere Nachbarkolonnen hatten  
es sich nicht nehmen lassen, an unserm Jubelfeste teilzunehmen  
und waren recht zahlreich erschienen. Drei Gerölde eröffneten den  
Zug, der über eine Stunde gedauert, um nur die Hauptstrafen  
zu passieren, an denen dichtgedrängte Zuschauer standen. Nach  
Ankunft des Festzuges im großen Fischersee Saal und dem  
in den Anlagen aufgebauten Festzelt begrüßte der Vorsitzende  
die Anwesenden, besonders auch den Präses und den Vorsitzen-  
den des katholischen Arbeitervereins, Herrn Vikar W e s s e l s  
und Herrn Albert E p p i n g, und den Vorsitzenden des Gesamt-  
verbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollegen Bernhard  
Otte-Berlin. In fast einfüßiger Ausführung sprach der-  
selbe über die verflochtenen 25 Jahre und die in dieser Zeit ge-  
leistete Gewerkschaftsarbeit. Dann kam er auf die Bestrebungen  
der Arbeitgeber und der jetzigen Regierung zu sprechen, die der  
Arbeiterkassen alles wieder nehmen und rauben will, was sie in  
langjähriger jähher Gewerkschaftsarbeit erworben habe. Darum  
sei die Treue zum Verbands heute notwendiger als je zuvor.  
Reicher Beifall folgte seinen Ausführungen. Darauf richtete Kol-  
lege Seeke noch einige Worte an die Anwesenden und er-  
mahnte sie zu treuen Mitarbeit. Herr Vikar W e s s e l s hielt  
dann eine kurze Ansprache an die Festversammlung, in dem er  
seine Freude kundgab über die rege Beteiligung der jungen  
Kollegen und Kolleginnen. Gerade auf unsere Jugend mußten  
wir ein großes Augenmerk richten, denn wer die Jugend hat,  
der hat die Zukunft. Christlicher Geist muß in ihr gepflegt wer-  
den, damit sie zu brauchbaren Menschen herangebildet werden.  
Auch seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Nach-  
dem der Vorsitzende allen Rednern nochmals seinen Dank aus-  
gesprochen hatte, wurde die Festversammlung durch einen Hatten  
Marsch der großen Intelschen Kapelle geschlossen. Durch Laut-  
sprecher wurden sämtliche Veranstaltungen vom Saal zum Fest-  
zelt übertragen. Abends 8 Uhr fand dann anschließend ein  
Tanztanzabend statt, das auch einen recht zahlreichen Besuch  
aufweisen konnte. Alles in allem: Unser 25jähriges Verbands-  
jubiläum nahm in allen seinen Teilen einen guten würdigen  
Verlauf. Allen wird das Fest noch lange in angenehmer Erin-  
nerung bleiben.  
Anton Dörken.

### Versammlungs-Kalender

Cottbus, 31. Juli Ausflug zu Wajchan. Treffpunkt 2,30 Uhr am  
Stadtpark Blaue Brücke.

### Inhaltsverzeichnis

Artikel: Sozialer Volksstaat oder nationalsozialistische Klas-  
senherrschaft? — Die Gewerkschaften an die deutsche Arbeiter-  
bewegung! — Klare Fronten. — Tag der Entscheidung. — Knechtschaft  
oder Menschenrecht? — Die christlichen Gewerkschaften zum Ver-  
bandes Ergebnis. — Anrechnung gewerkschaftlicher Arbeitslosen-  
unterstützung. — Verbannt, nicht Geldlos! — Arbeiterinnen  
und Arbeiterfrauen, aufmerks! — Die Fürsorgeleistun-  
gen der Gemeinden. — Schiedsgerichte in der Textilindustrie. —  
Berichte aus den Ortsgruppen. — Versammlungs-Kalender.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florstraße 7.